

# Stadtwerke kämpfen ums Überleben – Schon Dutzende stehen vor der Pleite

Von Michael Limburg

**Die Energiewende bringt für alle Stadtwerke große Schwierigkeiten und für viele das Aus. Schuld daran ist der Preisverfall auf dem Strommarkt. Hervorgerufen durch die vorrangige Zwangseinspeisung untauglichen Stroms in die Netze, der nur nach Gottes Willen manchmal im Überfluss eingespeist werden muss. Der Verband BDEW unter seiner früheren Chefin Hildegard Müller trägt ein gerüttelt Maß schuld daran.**

**Mit Update vom 24.2.16 über gigantische Fehlinvestitionen z.N. der Bremer Stadtwerke**



Welt Online vom 22.2.16

Es kommt wie es kommen musste. Die Energiewende – von allen Stadtwerken als großer Heilsbringer- wider besseres Wissen begrüßt – frisst ihre Unterstützer. Nach den großen Versorgern wie EON, RWE, EnBW und Vattenfall deren wohl vergeblicher Abwehrkampf gegen die Pleite bereits seit vielen Monaten die Schlagzeilen beherrscht sind nun die vielen kleinen dran. Und davon gibt es rd. 1000. Nach dem spektakulären Fall der Geraer Stadtwerke dessen Insolvenz derzeit abgewickelt wird droht dieses Schicksal defacto allen. Geras Stadtwerke die immerhin die drittgrößte Stadt Thüringens mit mehr als 100.000 versorgen haben es vorgemacht,. Nach lautem Jubel über die Energiewende meldete man 2014 kleinlaut Insolvenz an. Der Hauptgrund war der Preisverfall am Strommarkt der durch die Zwangseinspeisung für die unzuverlässigen „Erneuerbaren“ verursacht wird. So schreibt die [Welt](#) am 22.2.16

*In [Gera](#) etwa hatten die Banken der Stadt die für eine Rettung notwendigen Zusatzkredite verweigert. "Das Problem ist die hohe Verschuldung", erklärt Schuster. Grund dafür ist ein Zusammenspiel von sinkenden Erlösen aus den Energiesparten der Stadtwerke und einem großen Investitionsbedarf, etwa bei den Verteilnetzen.*

Die Erzeuger verdienen einfach nicht mehr genug, um die Kredite für ihre Gas- Kohle oder Kernkraftwerke zu bedienen oder gar neue Investitionen zu stemmen und schliddern in die Insolvenz. Dabei ist diese Situation nicht auf einige wenige beschränkt die schlecht gewirtschaftet haben. Denn Zitat aus o.a. Artikel

*Bevor die Flüchtlingskrise zu weiteren finanziellen Belastungen führte, hatte die Energiewende die finanzielle Stabilität vieler Stadtwerke bereits zerrüttet. Auch die westdeutsche "Enervie AG" entging nur knapp einer Insolvenz.*

*Die Zukunft des regionalen Versorgers im Besitz der Städte Hagen und Lüdenscheid sowie des Entsorgungskonzerns Remondis konnte Ende vergangenen Jahres nur durch eine Finanzspritze der Eigentümer von 60 Millionen Euro gesichert werden. Im Zuge der Sanierung verlieren 450 Enervie-Mitarbeiter ihren Arbeitsplatz.*

Ein weiteres schlimmes Beispiel sind die Münchner Stadtwerke, die zusätzlich zu den Erlösminderungen noch viele Millionen in politisch gewünschte aber unrentable [Solarkraftwerke wie Andasol in Spanien](#) versenkten.

*So werden die Stadtwerke München (SWM) für 2015 erstmals seit langer Zeit wieder ein negatives Ergebnis ausweisen. Mitschuld am Minus von immerhin 600 Millionen Euro nach Steuern: "Die Energiepreise verfallen stark, Energiewende und Atomausstieg verändern die Erzeugungslandschaft", heißt es in einer Mitteilung des Unternehmens.*

Und so geht es auf breiter Front weiter.

## Update vom 24.2.16

RWE lässt (vernünftigerweise) die Dividende ausfallen. Allein die Stadt Essen verliert 18 Mio € für das Stadtsäckel. (Mit Dank an Leser R.Kuth).

Und, wie mir die Leser Maler und Tremel mitteilen, haben es die Bremer Stadtwerke geschafft, gigantische rd. 450 Mio € in den Sand zu setzen. Details dazu [hier](#) und [hier](#).

Von den rd. tausend Stadtwerken werden daher nur die überleben, die es schaffen sich rechtzeitig in den schon seit längerem **geforderten Kapazitätsmarkt** zu retten.

Der Name **Kapazitätsmarkt** ist jedoch ein Euphemismus, denn von Markt kann dabei keine Rede sein. Es handelt sich allein um eine planwirtschaftliche Veranstaltung zu Lasten der Verbraucher – allein dazu gedacht, die Versorgungssicherheit trotz Einspeisung immenser von Zappelstrom durch sog. „Erneuerbare“ Quellen, aufrechtzuerhalten.


Zigtausende von hoch wertschöpfenden Arbeitsplätzen gehen damit dauerhaft verloren. Eine Entwicklung wie sie von allen seriösen Fachleuten vorhergesagt wurde, nur nicht von denen, die glaubten nach der Pfeife der Politik tanzen zu müssen.

Einen erhebliche Teilschuld an dieser Misere trägt insbesondere der Verband der Versorger BDEW. Besonders hervorzuheben ist dabei das unheilvolle Wirken der langjährigen Verbandschefin, Merkelvertrauten und Ex-Staatsministerin Hildegard Müller. Sie sorgte gleich nach Amtsantritt für eine schnelle Unterwerfung des Verbandes unter das Primat der Politik. Und das hieß Umsetzen der Energiewende um jeden Preis. Zum Dank für ihre erfolgreiche Arbeit wird sie jetzt Vorstandsmitglied bei RWE.

Doch auch hier gilt der alte Kinderspruch: Nur die allerdümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber

---

[<- Zurück zu: EIKE - Europäisches Institut für Klima und Energie](#)

 Artikel drucken

21 Kommentare:

Anzeige: 1 - 21 von 21.

## **#1: Hofmann,M sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 12:29

Jaja....die lieben Stadtwerke...die ausgezogen sind um mit dem rechtswidrigen Kernkraftausstieg und einer asozialen Energiewende mit ihrem marktfeindlichen EEG den Konzern das Fürchten zu lehren bzw. diese zu Vernichten, werden jetzt selbst zum Opfer dieser asozialen, rechtswidrigen und marktfeindlichen Politik.  
Mitleid...keines wegs...jedoch wird es uns alle trotzdem treffen...mit höheren und neuen Steuern und Abgabenbescheide....mit höheren Strompreisen...wie wurden gefangen bzw. haben uns gefangen lassen von dieser Grün-Sozialistischen Ideologie und wir werden auch mit dieser hängen...

## **#2: Frank Endres sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 13:45

Selber schuld. Wer sich grüner Politik prostituiert, hat es nicht besser verdient (nach meiner privaten Meinung).

## **#3: Hans Meier sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 13:45

„Grund dafür ist ein Zusammenspiel von sinkenden Erlösen aus den Energiesparten der Stadtwerke und einem großen Investitionsbedarf, etwa bei den Verteilnetzen.“

Dieses Zitat verschweigt mehr, als zu klären ist.

Die deutschen Stadtwerke sind im kommunalen Eigentum, also quasi Teil eines Volksvermögens aller Bewohner der Städte.

Diese Stadtwerke dürfen betriebswirtschaftlich nur nach dem „Kosten-Deckungs-Prinzip“ wirtschaften, um einen konkreten „Bedarf“ zu decken und Rücklagen bilden.

Eine gewinn-orientierte, privatwirtschaftliche Tätigkeit ist den Stadtwerken kommunalrechtlich nicht erlaubt.

Die „sinkenden Erlöse“ resultieren aus der Tatsache, dass eine „privatisierte Stromerzeugung“ den Stadtwerken wie auch den Stromkonzernen immer größere Liefermengen, infolge des Energie-Einspeise-Gestzes EEG wegnimmt.

Der Einspeise-Vorrang und die 20jährige hohe Vergütung für diese private, gewinn-orientierte Stromerzeugung verursacht absichtlich, und vorsätzlich diese gewaltige Kapital-

Vernichtung aller Stadtwerke in Deutschland.

Das strategische Ziel der Finanz-Investoren ist es, eine Energie-Politik mit gezielten Verordnungen zu gestalten, damit sie als Profiteure höhere Umsätze erzielen.

Denn, „einen großen Investitionsbedarf, etwa bei den Verteilnetzen“ ist eine „Umschreibung“ für die teure Vervielfältigung der Strom-Netze, die durch die dezentralen, privaten Stromerzeuger die mit Sonnen-, Wind- und Gärgas-Strom, ohne Kostenbeteiligung, die Stromnetze der Stadtwerke benutzen dürfen.

Der Einfluss der Finanz-Investoren auf die Regierungspolitik ist in vielen Formen täglich vorhanden, denn es geht den Finanz-Strategen immer darum „wie sie politisch legalisiert“ per Verordnungen das Vermögen und Bares der Bevölkerung einsacken können.

Kein Wunder wenn also mit der „Käp`n-Blaubär-Klima-Storry“ unsere Umwelt-Greteln z. B. hier tagen <http://goo.gl/A9pSyp>

## **#4: Marcus Junge sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 14:48

Doof-Michel wollte es so, Doof-Michel will es weiter so, also bekommt es Doof-Michel geliefert, den irrsinnig teuren Totalzusammenbruch der Stromversorgung. Wie jede Wahl erneut beweist, in der Systemverbrecherparteien gewählt werden, wie jede der kommenden Wahlen beweisen wird, auch wenn da das Völkermordverbrechen an den europäischen Völkern durch Südländinvasoren im Vordergrund steht, es sind die gleichen Täterparteien.

Also dann, wo früher die Stadtwerke die schwindsüchtigen Haushalte der linken Stadtkämmerer füllten, damit diese die A-Sozialindustrie weiter mästen konnten, sind heute die Stadtwerke ein weiterer Kostenfakten. Scherzfrage, wer das wohl bezahlen wird dürfen?

## **#5: Thomas Jelinek sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 16:51

@ Hans Meier #3

"Diese Stadtwerke dürfen betriebswirtschaftlich nur nach dem „Kosten-Deckungs-Prinzip“ wirtschaften, um einen konkreten „Bedarf“ zu decken und Rücklagen bilden.

Eine gewinnorientierte, privatwirtschaftliche Tätigkeit ist den Stadtwerken kommunalrechtlich nicht erlaubt."

Dies dürfte so nicht ganz richtig sein. Das "Verbot" der Gewinnerzielung betrifft m. W. nur die Sparte der Abwasserentsorgung. Alle anderen Bereiche wie Wasserversorgung, Strom, Gas, Fernwärme sind davon ausgenommen. Sie sollen sogar Gewinne abwerfen, schließlich rechnen die Kämmerer ihrer Gesellschafter fest mit Einnahmen für den kommunalen Haushalt. Wenn diese Einnahmequelle nun wegfällt, sieht's noch düsterer für die Städte und Gemeinden aus.

## **#6: T.Heinzow sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 17:59

@ #2 F. Endres

"(nach meiner privaten Meinung)"

Meinung ist gemäß Art. 5 GG immer privat.

Der lautet:

(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.

(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.

(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung."

Die einzigen "Beamten", die nicht davon betroffen sind, sind die der Kirchen. Da gilt die alte Weimarer Verfassung.

## **#7: Helmut Kuntz sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 18:50

Zumindest die Vorstände trifft das ja nicht.

Der N-Ergie Vorstand z.B. ist gleichzeitig auch Geschäftsführer der Firma N-ERGIE Regenerativ GmbH, welche Solar-, Wind und Akkuspeicheranlagen verkauft. Er profitiert also immer vom EEG. Dazu ist er dabei, die N-Ergie als Sponsor dieser Zusatzfirma auszubauen, indem er eigene Über-Einspeisetarife festlegt, um die EEG-Müller nach Auslaufen der EEG-Bindung „weich“ aufzufangen. Dadurch muss der Stromkunde denen sogar noch das Einnahmerisiko nach Auslaufen der Förderung bezahlen.

Allerdings geschieht dies unter Duldung der Stadt Nürnberg. Denn deren Bürgermeister sitzt im Aufsichtsrat. Und die Regenerativ GmbH ist deren 100% Tochter.

## **#8: Markus Estermeier sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 18:59

#3 Herr Meier

Ich wage mal einen kleinen Ausblick in die nahe Zukunft.

Der in TTIP und CETA integrierte Investitionsschutz wird die gesamte Infrastruktur der Stadtwerke und auch der anderen konventionellen Kraftwerke retten. Allerdings werden die dann nicht mehr Eigentum der Kommunen und Kleinaktionäre sein. Grossinvestoren werden die "Pleiteunternehmen" billigst aufkaufen und so lange durch den "Kapazitätsmarkt" mit geringer Rendite am Leben erhalten, bis der EE-Markt mit seinen ganzen Bürgerinvestoren zusammen kracht.

Die gesamte Aktion dürfte weit weniger als 10 Jahre beanspruchen, sobald TTIP in der gewünschten Fassung unterschrieben ist.

## **#9: Werner Geiselhart sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 20:45

Die Misere der Stadtwerke zeigt die unsoziale Fratze der Energiewende.

Die Gewinne der Stadtwerke kamen bisher der Allgemeinheit und da vor allem den Schwächsten der Gesellschaft, z.B. über Förderungsmaßnahmen, zugute.

Durch die Zwangseinspeisung der "Öko"-Energie profitieren inzwischen nur noch ein paar Tausend Windbarone und Eigenheimbesitzer von den EEG-Zwangsgeldern.

Sehr gut zu sehen auch bei der EnBW, die zu großen Teilen dem Land und den oberschwäbischen Landkreisen gehört. Hunderte Millionen EURO werden den relativ strukturschwachen Kreisen entzogen, ihren konventionellen Strom muss die EnBW auf dem "Markt" verschleudern.

Vor allem die Grünen und die SPD, die sich angeblich um die Benachteiligten der Gesellschaft kümmern wollen, sind an Verlogenheit nicht mehr zu überbieten. Bei der CDU ist nur noch zu hoffen, dass die FDJ-geschulte Kanzlerin von den letzten Vernünftigen der Partei in Pension geschickt wird. Es reicht!

## **#10: Hans Meier sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 21:41

# 5 Herr Jelinek,

im Prinzip haben Sie Recht, wenn unter dem „Dach“ der Stadtwerke eine Querfinanzierung von defizitären städtischen Betriebsbereichen, wie z. B. Bäder, Bibliotheken, Theater und öffentlicher Nah-Verkehr, mit den partiellen Gewinnen anderer Sparten, wie etwa der Strom- und Gas-Versorgung in den Kommunen subventioniert werden.

Da die Stadtwerke aber als kommunale Versorger bisher samt den Strom-Konzernen, keine auf Gewinn-Maximierung ausgerichtete Privat-Unternehmen sind, erleiden sie nun dramatische Verluste, weil Finanz-Investoren mit dem EEG eine Privatisierung von Teilen der „Öko-Stromwirtschaft“ ermöglicht haben, die ihre Interessen bedient.

Die kommunalen Versorger werden vorsätzlich, im Interesse der Finanz-Investoren, zu Fall gebracht <http://goo.gl/DJcrfR> und genau dafür liefern Ministerien die Verordnungen, die sich Finanz-Investoren bestellen.

Die Stadtwerke dürfen doch nicht beliebig ihre Strom- oder Gas-Preise erhöhen, weil sie quasi ein Versorgungs-Monopol haben, sie sind rechtlich sehr eingeschränkt

<http://goo.gl/aid5bR>

Die Finanz-Investoren dagegen, schieben z. B. den Bau von Windparks oder Solarparks und zig Gargas-Anlagen an.

Laufen die Anlagen, steigen sie als vorfinanzierende Investoren mit deftigen Verkaufsaufschlägen wieder aus.

Die nun übernehmenden neuen privaten oder kommunalen Eigner haben nun ein unternehmerisches Problem, nämlich alle Betriebs-Risiken auf Dauer zu tragen und da erfolgt eine weitere Kapitalvernichtung, weil die Anlagen gar nicht wettbewerbsfähig sind, sondern auf hohe zwanzigjährige Vergütungen hoffen <http://goo.gl/70JSMF>

Man kann es drehen und wenden, es ist wie in der Geschichte vom Wettrennen zwischen Hase und Igel, die Finanz-Strategen wollen gewinnen, also müssen Andere verlieren.

## **#11: Dr. Peter Steinbock sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 22:45

Entschuldigung, aber ich will es deutlich ausdrücken: Bei den Nazis hieß es "Kauft nicht bei Juden". Und weg waren die Juden vom Geschäft. Wirtschaftlich nichts anderes ist heute die EEG-gesetzliche, unschuldig klingende "Vorranginspeisung" des nicht mal haushaltsgerechten Flatterstroms. Und weg sind die immer zuverlässig gewesenen herkömmlichen Erzeuger von ihren Erträgen. Damit das noch zügiger geht, werden die Flatterströme mit Hochpreisen gefördert, von üblichen Einspeiserpflichten wie Regelleistungsbereitstellung und Frequenzhaltung entbunden und erhalten außerdem 20-jährige Abnahme- und Ertragsgarantien, wobei alle Kosten und Risiken der kleine Stromkunde auf zwei Jahrzehnte hinaus berappt. Wenn das kein moderner Saustall ist, dann weiß ich nicht, wo es noch saumäßiger zugehn kann.

## **#12: Hans Meier sagt:**

am Dienstag, 23.02.2016, 23:05

#8 Herr Estermeier,

ich bin da eher skeptischer, bei dem was sich so abspielt, bezüglich den politischen und den finanziellen Entwicklungen.

Es gibt eine sehr interessante Doku, die die TTIP-Realität, ab Minute 25 direkt veranschaulicht <https://goo.gl/0pIjRz>

Die Strategien derer die nicht nur Wahlkämpfe finanzieren, sondern anschließend Präsidenten als Partner haben, mit denen sie einträgliche Gesetze etablieren sind ja nicht unüblich, werden aber medial kaum transportiert <https://goo.gl/gwPrIP>

Es geht darum, das politische Personal so zu instrumentalisieren, das man sie als die Käuflichen, die „Puppen tanzen lassen kann“, um die abgelenkte Bevölkerung, abzukassieren <http://goo.gl/9RIYYL>

Das Beschämende ist eher, welche Wachteln in politischen Funktionen auf welchem Niveau

von den Medien bejubelt und verklärt werden, damit sie selbst mit im Werbe-Geschäft bleiben.

### **#13: Dietmar Fürste sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 08:02

# Markus Estermeier

Sie meinen sicher vor allem das TiSA-Abkommen, welches so gut wie jede Versorgungsleistung als Dienstleistung deklarieren und damit unbegrenzt handelbar machen soll.

Gleichgültig, ob es Gesundheitsleistungen sind, wo die Kommerzialisierung durch "Gesundheits"-Konzerne stetig steigende Profite der Investoren generieren muss und wo der Patient nur noch "Kunde" ist,

oder ob es die Grundversorgung mit Wasser und Energie betrifft, die dann von supranationalen Investoren wie der Blackstone Group L. P. übernommen wird, Ihre Vorausschau ist leider sehr zutreffend.

Und der Wähler hat nichts aus den fatalen Folgen der Vorläufer dieser Entwicklung gelernt, die als PPP (public private partnership), oder als 'crossborder leasing' daher kamen, mit denen deutsche Schienen- und Versorgungsnetze für den schnellen Dollar von den Kommunen ans Ausland verhökert wurden!

### **#14: Frank Endres sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 08:09

#6: Von der Gesetzeslage haben Sie recht. Es schadet in Grünland aber nicht, darauf hinzuweisen, denn die Verblödung ist schon zu weit vorangeschritten.

### **#15: R. Kuth sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 09:27

Betrifft ja nicht nur Stadtwerke, auch die kommunalen Aktionäre von RWE dürfen sich über den Ausfall der Dividende freuen, der Stadt Essen fehlen dann aktuell 18 Mio. in der Stadtkasse. So ist das eben: Säge nicht an dem Ast auf dem Du sitzt!

### **#16: Hofmann,M sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 10:33



@Thomas Jelinek #5

Stimme Ihnen hier zu. Die gesamte Gesellschaft gräbt sich somit ihr eigenes Grab. Mangel und Armut werden die Folgen dieser Politik sein. Nicht nur bei der "Energiewende-EEG Politik" sondern auch bei der "CO2 Verbotspolitik" wie auch bei der "Euro Politik" und jetzt auch noch diese selbstverschuldete "Illegale Einwanderungspolitik"....die Grün-Sozialistische Regierung hat unter der Führung von Merkel die deutsche Gesellschaft (Werte- Wohlstands- und Sozialgesellschaft) der Plünderung freigegeben.

## **#17: Hofmann,M sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 10:51

@Markus Estermeier #8

Sie haben hier einen sehr wichtigen Gedankengang niedergeschrieben!  
Ist die Infrastruktur (Strom, Verkehr, Wasser, Abwasser, Gas- Oelleitungen, Raffinerien) erst einmal ruiniert oder unter ausländischer Kontrolle, dann ist auch bald die übrige Wirtschaft/Volkswirtschaft eines Landes in Ruinen bzw. in Fremdbestimmender Hand.  
Die Energiewende, der Euro, der Missbrauch von Recht und Ordnung (illegale Einwanderung), CO2 Verbot, Bevormundungsgesetze...all dies sind Vorzeichen einer Fremdbestimmung und der Verlust von Selbstbestimmung, Freiheit und Eigenverantwortung.  
TTIP und diese Abkommen von angeblichen Freihandel dient nur einer Lobbygruppe die das Wohl einer Gesellschaft wie auch einer Volkswirtschaft wie Deutschland oder anderer Länder auf dieser Welt nicht im Sinn haben.

## **#18: M.Kaiser sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 15:29

Die Begründung daß die Stadtwerke wegen der Energie(w)ende pleite gehen verwundert mich etwas.

Die meisten Stadtwerke -außer größeren Städte wie z.b. München - haben keine eigene Stromerzeugung sondern verteilen den eingekauften Strom nur an die Verbraucher.Der Verkaufspreis liegt unverändert hoch.Erhöhung diverser Abgaben werden einfach an den Abnehmer durchgereicht.Der Einkaufspreis über die Strombörse ist dagegen gesunken.d.h die Gewinnspanne der Stadtwerke hat sich erhöht,der Reibach ist gestiegen.Wie kann es da zur Pleite kommen.Vielleicht kann uns da jemand aufklären ?

## **#19: Matthias Eck sagt:**

am Mittwoch, 24.02.2016, 17:23

#9 Herr Geiselhart,

für die CDU können Sie die Hoffnung fahren lassen. Waren gestern auf einer Wahlveranstaltung der CDU. Außer uns nur CDU-Mitglieder. Einstimmiger Tenor

derselben: "Wir brauchen die Energiewende!" Dass Stadtwerke wegen dieser pleitegehen, ist halt so. Wenn Nachts kein Wind weht, dazu sind dann die Kohlekraftwerke da. Unfähig Zusammenhänge zu erkennen, geschweige denn selber welche zusammenbekommen. Und die Frau Merkel macht ja alles richtig, nur Europa zieht nicht mit und die Medien bringen es falsch rüber. Ansonsten noch ein paar Stammtischparolen (abschieben, unsere Werte verteidigen...), das wars. Da ist nicht mehr zu helfen. Es muss wohl der "Blackout" kommen!

## **#20: Hofmann,M sagt:**

am Donnerstag, 25.02.2016, 09:48

@ M.Kaiser #18

Informieren Sie sich erst einmal. Dazu kann das Internet sehr hilfreich sein. Auch können Sie mal in die Bilanzen verschiedener Stadtwerke schauen.

## **#21: Markus Estermeier sagt:**

am Donnerstag, 25.02.2016, 14:41

#18 M.Kaiser

Wie glauben Sie sind die großen Energiekonzerne wie RWE, EnBW, E.ON und andre etwas kleinere entstanden? Waren es nicht Zusammenschlüsse städtischer und landeseigener Großkraftwerke, sowie auch kleinerer Privatkraftwerke?

Die teilweise Privatisierung begann ja erst als die öffentlichen Eigentümer Aktien zur Sanierung ihres Haushaltes verkauften.

Bestes Beispiel ist der Verkauf von HEW (Hamburg), BEWAG (Berlin) und VEW (gesamt DDR) an Vattenfall.